



Hans-Joachim Otto, MdB
Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien
des Deutschen Bundestages
Mitglied des Bundesvorstandes der FDP
Vorsitzender der FDP-Kommission für Internet und Medien
Platz der Republik 1, D-11011 Berlin
☎ (030) 227 – 73690
☎ (030) 227 – 76690
Internet: www.hans-joachim-otto.de
✉ hans-joachim.otto@bundestag.de

Pressemitteilung

04. April 2006

OTTO: Rundfunkgebührenpflicht von Internet-PC ist anachronistischer Unfug

Berlin. Vor dem Hintergrund der mit Hilfe der "Vereinigung der Rundfunkgebührenzahler" eingereichten Verfassungsbeschwerde gegen die ab dem 01.01.07 bestehende Gebührenpflicht für PC mit Internetzugang erklärt der Experte für Rundfunkpolitik der FDP-Bundestagsfraktion und Vorsitzende der Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages, Hans-Joachim OTTO:

Die Gebührenpflicht von PC mit Internetanschluß ist absolut anachronistisch und ein Versuch, mit zweifelhaften Mitteln weitere Gebührengelder für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu generieren. Diese sind jedoch bereits jetzt mehr als üppig mit Finanzmitteln ausgestattet, sie verfügen immerhin über ein Budget von 8 Mrd. Euro.

Die Einbeziehung in die Gebührenpflicht von solchen PC und anderen sogenannten "neuartigen Rundfunkempfangsgeräten" schädigt dagegen insbesondere kleine und mittelständige Unternehmer. Diese müssen unter Umständen neben ihrem Privatwohnsitz auch für ihre Geschäftsräume, in denen ein PC mit Internetanschluß dringend benötigt wird, nochmals Gebühren entrichten.

Ich möchte nicht verhehlen, daß ich eine gewisse Sympathie für die Beschwerde hege, die sich gegen die ab 01.01.07 eintretende Gebührenpflicht richtet. Noch besser wäre es allerdings, wenn der Gesetzgeber selbst ein Einsehen hätte.

Deshalb fordere ich die für den Rundfunkstaatsvertrag zuständigen Landesparlamente auf, zumindest das Moratorium, das die Gebührenpflicht von PC mit Internetanschluß bis zum 31.12.06 verhindert, zu verlängern. Mittelfristig muß jedoch das gesamte Finanzierungssystem des öffentlich-rechtlichen Rundfunks reformiert werden. Der jetzige Zustand ist nicht transparent und ineffektiv. Die geplante Einbeziehung von "neuartigen Rundfunkempfangsgeräten" dokumentiert offenkundig die Kapitulation vor dem technischen Fortschritt.

Ich empfehle daher, die Rundfunkgebühr durch eine allgemeine Medienabgabe zu ersetzen, die von jedem Erwachsenen getragen würde und in der Höhe deutlich geringer als die jetzige Gebühr ausfiele. Dies wäre eine faire, transparente und effektive Art der Finanzierung. Ein positiver Nebeneffekt wäre, daß somit auch die Gebühreneinzugszentrale überflüssig würde und ihre Kosten von 170 Mio. Euro eingespart werden könnten.